

ordnungsansuchen aus der Region Präggraten, Virgen und Matrei abschlägig behandelt wurden, wie in den vergangenen Monaten. Diese schleichen- de Aushöhlung der Kompetenzen von Regionalbeiräten und Gemeinden ist aber nur die logische Konsequenz einer Vorgangsweise, wie sie bisher im Land Tirol mit Erfolg vorexerziert wurde: Immer dann, wenn in Nordtirol Skilifte, Schwimmbäder oder Veranstaltungszentren zu bauen waren, wurden diese kräftigst aus Landesmitteln gefördert. So ist es eine Tatsache, daß in der Kitzbühler Bergbahnen AG noch immer Aktienkapital des Landes im Wert von über S 100 Millionen steckt oder das Land Tirol (und damit wir alle), mit rd. 53 % am Stammkapital des Gletscherskigebietes Kaunertal beteiligt ist. Wenn aber in Osttirol aufgrund bestehender, historisch bedingter Entwicklungsrückstände, mit mindestens zehnjähriger Verspätung ähnliche Projekte verwirklicht werden könnten, werden sowohl die Förderungsrichtlinien als auch die Naturschutzkriterien einer Änderung unterzogen, sodaß aufgrund berechtigter Forderungen und des dringenden Bedarfes nach mehr Umweltschutz in Nordtirol, heute wohl auch in Osttirol nur mehr derartige Maßnahmen gefördert werden dürften. Dies mag auch eine der Ursachen dafür sein, warum das gleichzeitig mit dem Nationalpark zu verabschiedende Entwicklungsprogramm bewußt verzögert, oder wohl nur mehr alibimäßig erstellt werden wird ...

Aus den Medien kann man auch zu diesem Thema die Ansichten von LR. Eberle hören, wenn er sich etwa über einige seiner Osttiroler Bürgermeisterkollegen äußert, die noch derselben politischen Gesinnungsgemeinschaft wie er angehören: „Ich habe den Eindruck, daß man dort nur sagt, gebt's uns ein paar Millionen und alles andere geht Euch nichts an! So wird es nicht gehen ...“ Die vorhandenen Mittel auf dem Wege zu einem Nationalpark sollen also wohl weiterhin in bewährter Weise, ohne entsprechende Mitwirkung der Bevölkerung (Veto-Recht Draxls?), in einem Innsbruck und Wien hörigen Pseudo-Gremium verteilt werden, während man gleichzeitig massive Drohungen ausspricht: LR. Eberle: „Ich warne davor, einerseits grundsätzlich gegen den Nationalpark aufzutreten und andererseits davon auszugehen, daß Sonderförderungsprogramme selbstverständlich sind. Auch andere Teile des Landes befinden sich nicht auf der Sonnenseite ...“

In Nordtirol, wo man wie selbstver-

ständig nahezu alle größeren Gletscher zu Skigebieten ausgebaut hat, die in zunehmend schneeärmeren Wintern und Zeiten fortschreitender Klimaerwärmung eine Überlebenschance für den traditionellen Tourismus bedeuten könnten, beteiligt man sich nach dem erklärten Aus für eine kleinräumige Gletschererschließung in Präggraten (nur wenige Prozent der riesigen Gemeindefläche wären berührt) nunmehr massiv an der Forderung nach einer völligen „Ruhestellung“ des wohl attraktivsten Teiles von Osttirol. Der Versuchung und dem Wagnis, einen Nationalpark etwa im Ziller-, Stubai- oder Ötztal zu errichten, will man sich erst gar nicht aussetzen ...

Alibi-Grünpolitik auf Kosten der Osttiroler Bevölkerung

Mit einem Alibi-Nationalpark will man vor allem das Image der angeschlagenen Großparteien verbessern und sich einen grünen Anstrich geben, womit man vielleicht vortrefflich von den jahrzehntelangen schweren Umweltsünden und Versäumnissen in wirklich zerstörten Fremdenverkehrsmetropolen Nordtirols, luftverschmutzten Großstädten sowie anderen, nicht mehr lebenswerten Ballungszentren unseres Bundesgebietes ablenken kann.

Zum Vorzeigen braucht man eine unberührte Oase, um öffentlich verkünden zu können, daß zumindest in Osttirol noch eine heile Welt vorhanden ist. Aus diesem Grunde wird auf Kosten der betroffenen Bevölkerung, ohne Ausgleich für deren Opfer (in relativ dichtbesiedeltem Gebiet zahlreiche schwere Einschränkungen entgegennehmen zu müssen) ein Naturmuseum mit geringstem Geldaufwand und spartanischer Ausstattung angestrebt. Die bescheidenen Geldmittel, die wohl schon auf Jahre größtenteils durch die Zusagen für die Sanierung zweier privater Stadelgebäude in Präggraten und Matrei (Gesamtausbaukosten alleine ca. S 14 Millionen) blockiert sein dürften, werden einigen betroffenen bäuerlichen Grundbesitzern in Aussicht gestellt und von manchen Bauern- und Kammerfunktionären wird sogar der Eindruck erweckt, als habe unsere Landwirtschaft ohne Nationalpark keine Überlebenschance mehr ...

Vorbild Südtirol

In Südtirol hingegen, wo die Abwanderung der Bauern durch hervorragende Unterstützung des Landes und der EG

zur Gänze gestoppt werden konnte, stehen „Förderungen“ in Form von Entschädigungen für erlittene Nachteile, wie sie den von einem Nationalpark betroffenen Grundbesitzern wohl selbstverständlich zustehen, überhaupt nicht zur Debatte: Im Gegenteil, man versucht sogar, alle landwirtschaftlich genutzten Gebiete wieder aus dem Nationalpark Stilfser Joch herauszunehmen, da man in der Zwischenzeit nach 55jähriger Erfahrung erkannt hat, daß sich ein „internationaler Park“ mit Jagd und Landwirtschaft nicht verträgt, wie unser nächstehendes Interview mit LH. Dr. Luis Durnwalder beweist.

Stattdessen fördert man gezielt in einem ausgeglichenen Programm alle Bauern in- und außerhalb eines Schutzgebietes.

Bei uns in Osttirol wird man jedoch wohl weiterhin nach der Strategie arbeiten, verantwortungsbewußte Mandatare über Medien schlecht zu machen, einen Keil unter die Bevölkerung zu treiben und versuchen, Bauern und Gemeinden mit dem fadenscheinigen Argument auseinanderzudividieren, „die Gemeinden wollen Euch nur das Geld wegnehmen, bzw. der Nationalpark betrifft ja nur die Landwirtschaft ...“

Spätestens nach Vorliegen der konkreten Zonierungs- und Gesetzesvorschläge wird man aber erkennen, daß von erwiesenen Nachteilen des beabsichtigten Nationalparkes die gesamte Bevölkerung, von möglichen Vorteilen hingegen nur einige wenige betroffen sein werden: In diesem Sinne kann es keinem Gemeindebürger egal sein, wenn z. B. in Präggraten mehr als 90 % (160 km²) oder in Matrei mehr als 70 % (190 km²) des gesamten Gemeindegebietes unter strengsten Naturschutz gestellt und somit jedem menschlichen Eingriff in wirtschaftlicher Hinsicht entzogen werden sollen. Es wird also das Beste sein, die Beratung eines seit einem Jahr im Amte befindlichen Naturschutzlandesrates weiterhin denjenigen Personen zu überlassen, die seit nunmehr fast 20 Jahren erfolglos versuchen, einer ganzen Region ein ungeliebtes Projekt aufzudiktieren. Wenn diese auch künftig mit denselben Methoden und demselben Fingerspitzengefühl agieren, so wird dies die beste Gewähr dafür sein, daß es in Osttirol keinen zusammenhängenden Nationalpark geben wird. Denn in Zeiten wie diesen ist es leichter, etwas zu verhindern, als etwas gegen den Widerstand breiter Bevölkerungskreise durchzubringen. Wer dies noch nicht erkannt hat, wird auf noch härteren Widerstand stoßen und dazulernen müssen ... F.K.